



## Detailansicht des Regelungsvorhabens

# Stellungnahme zum Gesetz zur Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung und der Täterarbeit im Gewaltschutzgesetz

Aktuell seit 13.01.2026 15:34:42

### Angegeben von:

Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit Häusliche Gewalt e.V. (R007268) am 06.10.2025

### Beschreibung:

Die BAG TäHG begrüßt in ihrer Stellungnahme die weitere Verankerung von Täterarbeit im zivilrechtlichen Bereich, weist aber auch auf bestehende Leerstellen hin. Damit die geplanten Maßnahmen in der Praxis zur Erfüllung internationaler Verpflichtungen und zu einer tatsächlichen Verbesserung des Gewaltschutzes beitragen können, besteht aus Sicht der BAG TäHG noch Nachbesserungsbedarf.

## Zu Regelungsentwurf

---

### 1. Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/4082 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung und der Täterarbeit im Gewaltschutzgesetz

Zuständiges Ministerium: BMJV [\[alle RV hierzu\]](#)

### Zuvor:

Referentenentwurf (BMJV): Gesetz zur Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung und der Täterarbeit im Gewaltschutzgesetz (Vorgang)

## Betroffene Interessenbereiche (2)

---

Geschlechterpolitik [\[alle RV hierzu\]](#)

Zivilrecht [\[alle RV hierzu\]](#)

## **Betroffene Bundesgesetze (3)**

---

GewSchG [alle RV hierzu]

FamFG [alle RV hierzu]

EUGewSchVG [alle RV hierzu]

## **Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)**

---

1. SG2510060008 (PDF - 6 Seiten)

### **Adressatenkreis:**

Versendet am 23.09.2025 an:

### **Bundesregierung**

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]